

Krisensymptome im schweizerischen Parteienwesen : Überlegungen zu einer sozialdemokratischen Selbstkritik

Autor(en): **Pfister, Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **66 (1986)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164342>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

Krisensymptome im schweizerischen Parteienwesen

Überlegungen zu einer sozialdemokratischen Selbstkritik

Wie kann man bei einem Zug die Räder auswechseln, während er mit voller Geschwindigkeit weiterfährt? Selbst wer mit einem abenteuerlichen Vorstellungsvermögen ausgestattet ist, wird den Kopf schütteln. Und wenn das gewagte Bild gar dazu dient, einer grossen schweizerischen Regierungspartei Mut für die Wende zum Besseren zu machen, dürften sich politische Gegner ein Lächeln kaum verkneifen – wie könnte man das Verfehlen von Realitäten besser umschreiben?

Das malerisch verunglückte Bild zielt den Deckel eines Buches, mit dem der Verfasser es sich und seiner, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) wahrlich nicht leicht macht¹. Rudolf H. Strahm war sieben Jahre lang Zentralsekretär dieser Partei und legt nun eine schonungslos selbstkritische Analyse der Sozialdemokratie vor, die einen wenig erhebenden Einblick in die praktische Parteiarbeit vermittelt. Es ist die Beschreibung einer Krise dieser traditionsreichen grossen Landespartei – aber es ist zugleich die Beschwörung ihrer Chancen, ein hoffnungsvoller Ausblick auf eine erneuerte sozialdemokratische Politik, die mit viel idealistischem Engagement, aber bemerkenswert wenig ideologischer Rhetorik skizziert wird als eine Strategie kleiner Schritte, gezielt ausgerichtet auf die Realität einer «nachindustriellen» Schweiz.

Mit kleinen Schritten zur konkreten Utopie

In diesem zweiten Teil wird – im Sinne der «*konkreten Utopie*» – einem «*rechten*» ein «*linkes*» Szenario der Schweiz im Jahre 2003 gegenübergestellt, mit einer blühenden Wirtschaft, die als vernetztes System sich ergänzender Sektoren unterschiedlicher Technologieniveaus – von modernsten, computergesteuerten Fabrikbetrieben bis zur autonomen, einfachen Hausproduktion – dargestellt wird. Arbeitslose gibt es nicht, weil

das Arbeitsvolumen aufgrund freier Wahl von Arbeitszeit und Einkommen auf alle verteilt ist. Damit – und das ist wohl die radikalste Herausforderung hergebrachten sozialdemokratischen Denkens – wird «Staat» eingespart, tritt an die Stelle traditioneller Sozialpolitik ein Arbeitsrecht, das individuelle Arbeitszeitsouveränität und Flexibilität garantiert, und ein Steuersystem, das nicht mehr den Produktionsfaktor menschlicher Arbeit verteuert, sondern Investitionen und Energieeinsatz belastet. Hier ist auch der Ansatz, die technologische und wirtschaftliche Entwicklung, der dieser Entwurf bemerkenswert unverkrampft begegnet, ökologisch zu steuern. Strahm greift auf programmatische Arbeiten zurück, die in der Partei wohl konzipiert, dann aber schubladisiert wurden. Den Kapiteln über die Wirtschaft folgen Ausführungen über Medien-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Aussenpolitik sowie eine Auseinandersetzung mit der Kritik am ausufernden Staat, die sowohl von «neokonservativer» bürgerlicher Seite wie von ausserparlamentarischen Bewegungen und Bürgerinitiativen her kommt. Ihr soll die Sozialdemokratie nicht länger nur defensiv, sondern mit letztlich liberalen Vorstellungen von einem bürgernahen, das heisst die Privatsphäre schützenden, effizienten und weniger bürokratisch reglementierenden als präventiv steuernden, dezentralen und partizipativ funktionierenden Staat begegnen.

Was hier geschildert wird, mag als eines von vielen Traktaten politischer Futurologie in das zeitgenössische Schrifttum eingehen. Interessant wird es nun aber im Zusammenhang mit der Beschreibung des Zustandes der Sozialdemokratischen Partei. Wieweit sind in ihr Ansätze für eine politische Orientierung dieser Art vorhanden, und wieweit ist diese, sind die Parteien überhaupt in der Lage, programmatische Impulse auszulösen?

Die Krise einer grossen Partei

Die Antwort fällt ernüchternd aus. Die SPS ist nach der Diagnose Strahms in der Tagespolitik gefangen. Und mit der jetzigen Parteileitung werde sie aus der Krise nicht herauskommen. Der Substanzverlust ist im übrigen gravierender, als die leicht rückläufigen Wähleranteile vermuten lassen. Der Mitgliederbestand ist von 57 000 im Jahr 1966 auf 44 000 im Jahr 1984 gesunken, und er ist heute überaltert. Nach Strahm hat die Partei auch die Fähigkeit verloren, ein Referendum aus eigener Kraft zustandezubringen. Von einer einheitlichen Kampfgemeinschaft könne keine Rede mehr sein. Zwischen dem traditionellen Flügel, der die heute konservativen Anliegen der Arbeiterschaft vertritt, und der ermüdeten und deprimierten Parteilinken siedelt er ein integrierendes Zentrum an, das als

Sammelbecken der technischen Intelligenz, als ideologisch toleranter Puffer seiner Ansicht nach die Chance hat, «*eine Koalition zwischen der politischen Linken, den technischen Kadern und den nachindustriellen Mittelschichten zustande zu bringen*». Folgt man der Beschreibung, die dann von den «*Clans*» in der Partei, von Parteileitung, Fraktion und Sekretariat, von der mangelnden Effizienz der Parteiarbeit, der «*Politik der Schlagzeilen*», vom Happening-Charakter der Parteitage und von der Vernachlässigung der Bildungsarbeit gegeben wird, hängt diese Hoffnung freilich ebensowohl in der Luft wie der programmatische Optimismus. So bleibt schliesslich der Appell an die Präsidenten, die Vorstände und die Aktiven in den Sektionen, welchen das Buch folgerichtig gewidmet ist, die Erneuerung der Sozialdemokratie in den Gemeinden und Regionen zu beginnen.

Bei aller Bitterkeit der Analyse darf man die öffentliche Selbstdarstellung der SPS aus der Feder eines ehemaligen Sekretärs nicht einfach als Abrechnung eines Aussteigers betrachten, wie dies in den letzten Jahren mehr als eine Partei erlebt hat, sondern als eine zwar schmerzhaft, aber doch engagierte innerparteiliche Auseinandersetzung. Zu Recht weist der Autor auch darauf hin, dass es in der politischen Literatur der Schweiz kaum fundierte Darstellungen dieser Art von den inneren Vorgängen, Strukturen und Prozessen politischer Parteien gibt.

Zwitterstellung der Parteien

Nichts wäre daher verfehler, als diese Schrift allein als Problemerkatalog der SPS oder als Fundgrube für ihre Gegner zu begreifen. Auch wenn sich vieles auf die besondere Situation dieser Partei bezieht, die sich als gewissermassen oppositionelle Regierungspartei stets nach allen Seiten zu rechtfertigen hat, so werden in dieser ungeschminkten Analyse doch auch die Nöte aller schweizerischen Parteien sichtbar. In der halb parlamentarischen, halb direktdemokratischen Staatsform stehen die Parteien in einer eigenartigen Zwitterstellung, was sich auf ihr Ansehen, auf das Verständnis ihrer Rolle und auf ihren Wirkungsgrad ungünstig auswirkt.

Es stellt sich daher die Frage, ob die innerparteilichen Probleme der Sozialdemokraten nicht Krisensymptome des schweizerischen Parteienwesens insgesamt signalisieren. Als Zentralsekretär einer Regierungspartei habe er, schreibt Strahm, «*die Schwäche nicht nur der Sozialdemokratie, sondern des ganzen Parteiensystems und der Regierungstätigkeit erfahren*». Und Peter Hablützel weist in seinem Nachwort auf die wachsende Entfremdung hin, die breite Bevölkerungskreise gegenüber Behörden und

Parteien empfinden. Der diffuse Vorwurf, «*die da oben*» täten ohnehin, was ihnen gerade so passe, werde zum Alibi für Desinteresse und Verweigerung.

Der Befund lässt sich in der Tat fast beliebig durch Belege stützen. Die Wahlerfolge von Bewegungen, die sich ausdrücklich nicht als Parteien verstehen wollen, sowie Abstimmungsergebnisse, die diesen Trend verstärken und oppositionellen Minderheiten da und dort zu überraschenden Veto-Erfolgen verhelfen, korrespondieren auffällig mit der einseitigen Dominanz emotional aufgeladener Themen in der öffentlichen Diskussion und in den Medien. Obwohl die mannigfachen Interdependenzen verschiedener Politikbereiche in den letzten Jahren deutlicher sichtbar wurden – vor allem im Geviert von Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik –, sind die Versuche mit Gesamtkonzeptionen mehr oder weniger gescheitert, beherrschen «*one issue*»-Bewegungen die Schlagzeilen. Die Reaktion der etablierten Parteien lässt nicht auf sich warten. Der Bürger erwarte überschaubare, konkrete Vorlagen zur Bewältigung der hängigen Fragen, erklärte kürzlich der Präsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Nationalrat Bruno Hunziker; seine Partei werde sich daher vermehrt auf Tagesfragen ausrichten. Hier drohen dann freilich alsbald die Klippen der Sachzwänge. Hunziker räumte ein, dass seiner Partei ebenfalls der Wind unfreundlich ins Gesicht bläst, und ähnliches kann man von Exponenten der anderen bürgerlichen Parteien hören. Hängt dies allein am politischen Klima, dessen Ausschläge man mit meteorologischem Fatalismus gleichmütig hinnimmt, oder wird damit die These einer Krise der Parteien bestätigt?

Exkurs ins nicht mehr ganz Selbstverständliche

Dass Parteien in einem demokratischen politischen System unentbehrlich sind, ist an sich unbestritten. Wo sich der Souverän nicht mehr physisch versammeln kann, wo man sich nicht mehr persönlich kennt, muss die Vertretung des Bürgers in irgendeiner Weise organisiert werden, schliessen sich Wähler zu Gruppen zusammen, die Artikulation und Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen und ihrer Interessen einem Repräsentanten delegieren und von diesem Rechenschaft fordern. Damit ist die Funktion gegeben, die mit dem Begriff der «*Partei*» ungeachtet der Namensgebung bezeichnet wird: Auswahl von Mandatsträgern, Gruppierung von Interessen, Formulierung von entsprechenden Zielen und Erwartungen, Artikulation dieser Vorstellungen in der öffentlichen Meinungsbildung und Durchsetzung von Forderungen mit den Instrumenten der demokratischen

Willensbildung. Letzteres bedeutet, dass ein Mehrheitsentscheid gesucht oder zumindest die angemessene Berücksichtigung eines Minderheitsstandpunktes angestrebt wird.

Mehrheiten lassen sich indessen nur durch Zusammenfassung grösserer Interessenpakete und durch Bündelung von Zielvorstellungen finden; Mehrheiten sind somit in der Regel heterogen zusammengesetzt und daher in sich spannungs- und konfliktträchtig, also kompromissbedürftig. Es hängt vom Wahlsystem ab, ob die Bildung solcher Mehrheitskonglomerate innerhalb grosser oder durch Koalitionen kleinerer Parteien begünstigt wird. Noch stärker aber wird das politische System geprägt vom Entscheidungsverfahren. Liegt die Willensbildung allein im Parlament, haben es Parteien oder Koalitionen in der Hand, sich bei interner Disziplin auch mit knappen Mehrheiten durchzusetzen. Kursänderungen können in diesem Fall allein durch Machtverschiebungen bei Wahlen erzwungen werden. Liegt die letzte Entscheidung beim Stimmbürger, müssen in den Parlamenten breiter abgestützte Verständigungslösungen erarbeitet werden. Wahlen bewirken in einem derartigen Konkordanzsystem höchstens Akzentverschiebungen.

Die Logik der demokratischen Strukturen und Prozesse lässt sich vielleicht leichter erklären als stets akzeptieren. Doch die Auswirkungen des einen oder anderen Systems auf die Stellung der Parteien werden oft unterschätzt. Die Demokratie helvetischer Prägung lässt keine Parteienherrschaft zu. Wohl werden die elementaren Parteifunktionen erfüllt, und zwar sowohl von den Traditionsvereinen wie von den neueren «Bewegungen», sobald sich diese an Wahlen beteiligen, doch ist ihr Leistungsvermögen durch mannigfache Rahmenbedingungen eingeschränkt. Organisiert sind sie entsprechend dem Wahlverfahren schwergewichtig in den Kantonen von sehr unterschiedlicher Grösse und Interessenlage. Die schweizerischen Parteien als Dachverbände haben ihre innere Vielfalt in den letzten Jahrzehnten zwar in einheitliche Erscheinungsbilder gekleidet, die sich in den auf die nationale Politik ausgerichteten Medien auch darstellen lassen, doch die «Macht» der Parteizentralen ist bescheiden. Die finanziellen Mittel erlauben es nicht, professionelle Stäbe für die politische Arbeit zu unterhalten, mit denen sie wirkungsvoll die von den staatlichen Verwaltungen vorangetriebenen Prozesse beeinflussen oder auch nur mit den Apparaten anderer Organisationen wie Wirtschaftsverbänden oder Gewerkschaften Schritt halten könnten. Vollends ausserhalb ihrer Möglichkeiten liegt es, Abstimmungskämpfe aus eigener Kraft zu finanzieren. Hier sind sie abhängig von den im Einzelfall ohnehin homogeneren «reinen» Interessenorganisationen, mit welchen sie überdies personell vielfach verflochten sind. Dies wiederum hängt zusammen mit der Eigen-

art des schweizerischen Wahlsystems, das den Parteien zwar die Rekrutierung der Kandidaten überlässt, die eigentliche Auswahl der Repräsentanten jedoch dem wählenden Bürger vorbehält und damit entscheidende Einflussmöglichkeiten für Interessengruppen und Unterstützungsaktionen innerhalb und ausserhalb der betreffenden Parteien schafft.

Die institutionelle Schwäche der Parteien, ihr ausgeprägter Milizcharakter, ihre Einbettung in ein umfassenderes Geflecht wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Organisationsstrukturen mit korporativen Zügen ist somit wesentlich systembedingt. Das eidgenössische Parlament wird zwar durchwegs auf Parteilisten gewählt, doch es ist keineswegs ein Abbild dieser Parteien. Deren Bemühungen, die innere Organisation demokratischer zu gestalten und die programmatischen Zielsetzungen verbindlicher zu formulieren, haben seit Anfang der siebziger Jahre zu einer sichtbaren, weil auch medienwirksamen Profilierung geführt, aber das Problem des Transfers in die parlamentarische Arbeit ebenso sichtbar verschärft. Was die Minderheit aktiver Parteimitglieder oft ohne zureichende Unterstützung durch Sachwissen und politische Erfahrung in wohlklingende Parteiprogramme schreibt, lässt sich im parlamentarischen Prozess, der wegen der im Detail meist sehr viel komplexeren Sachvorlagen in einem anderen, schwerfälligeren Rhythmus verläuft und der viel stärker auf verschiedenartigste konkrete Interessen Rücksicht nehmen muss, nur sehr bedingt umsetzen. Und wenn es schliesslich zu Volksabstimmungen kommt, müssen die Parteien erleben, wie schnell abstrakte Postulate, einmal konkretisiert und mit Kostenfolgen berechnet, von der eigenen Basis zur Makulatur befördert werden.

Keine Alternativen zum Milizsystem

So sehen sich die Parteien zunehmend eingekeilt und unter Druck gesetzt, einerseits von den Anforderungen, die ein moderner Leistungsstaat an die Professionalität politischer Arbeit stellt, andererseits vom organisierten Sachverstand der Verbände, die sich über die Parteilisten auch in den Parlamenten wirkungsvoll vertreten lassen, und schliesslich von den widersprüchlichen, vorwiegend an momentanen Problemen und Bedürfnissen orientierten Erwartungen der Bürgerschaft, die sich zudem die letzte Entscheidung, gewissermassen das Vetorecht, vorbehält.

Gäbe es denn Alternativen zu diesem Milizparteiensystem schweizerischer Prägung? Es gibt sie wohl nicht ohne die undiskutable Preisgabe fest verwurzelter Elemente der direkten Demokratie. Die Verbände könnten die Funktionen der Parteien nicht übernehmen, da sie nur ein-

zelne Interessensegmente der Bürger abdecken und für deren Synthese weder instrumentiert sind noch legitimiert erscheinen. Und wer von den «*neuen sozialen Bewegungen*» nicht nur neue Impulse, sondern geradezu die Ablösung der Parteipolitik erwartet, übersieht, dass diese zwangsläufig die Funktion entweder von themenzentrierten Interessengruppen – wie von den Umweltorganisationen vorexerziert – oder eben von Parteien übernehmen müssen, sobald sie sich an der politischen Repräsentation aktiv beteiligen. Alle Parteien sind einmal aus Bewegungen entstanden.

Es bleibt die Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten unter den gegebenen Rahmenbedingungen. Man hat bisher eine staatliche Unterstützung der Parteien kaum ernsthaft in Erwägung gezogen, weil nicht zuletzt die Parteien selbst befürchten, dass mit solchen Krücken ihr angeschlagenes Ansehen beim Bürger kaum zu heben sei. Wie anders aber können sie ihre professionelle Organisation verbessern und zusätzliche Mittel für ein selbständigeres Auftreten bei Abstimmungskämpfen gewinnen? Müssten nicht Parteien und Verbände gemeinsam darüber nachdenken, wie mit Aufgabenteilung und gegenseitiger Unterstützung der plebiszitäre Prozess transparenter und glaubwürdiger gestaltet werden könnte? Schliesslich wird man in den Parteien selbst dafür zu sorgen haben, dass man die *Chancen* des Milizsystems, wenn es denn dafür keine Alternative gibt, besser und offensiver nutzt, dass in den überschaubaren Räumen der Gemeinden oder gar Quartiere die politische Aktivität entwickelt, die Beteiligung der Bürger gesucht und Kader rekrutiert werden, und dass auf höherer Ebene das Potential an Fachwissen, das es in allen Parteien gibt, in der politischen Arbeit besser berücksichtigt und mobilisiert wird. Das sind nicht ganz zufällig wiederum Beispiele aus dem Buch, das Ausgangspunkt dieser Überlegungen war. Denn diese – wie manche andere – könnte nicht nur den Sozialdemokraten zu denken geben.

¹ Rudolf H. Strahm: Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug, Limmat Verlag, Zürich 1986.